

## Die Ratssitzung am 18. Dezember 2018



**Die letzte und mehr als lebhafteste Ratssitzung ging gestern nach nur sechs Stunden zu Ende. Durch den Antrag der SPD, den schwarz-grün-guten Antrag in geheimer Abstimmung zu entscheiden, dauerte die wegweisende Entscheidung zur Ost-West-Achse über 2 Stunden. Die SPD beharrte auf ihrem Gigatunnel und warf CDU und Grünen Verrat an ihrer Idee vor. Die FDP prophezeite Staus bis zum Autobahnkreuz Köln-West durch die Einrichtung einer Busspur und die Linken rechneten zur Erheiterung des gesamten Rates auf ungewöhnliche Weise die Planungskosten eines Megatunnels gegen den Heumarkt-Eisenbahnring-Tunnel klein. Letztendlich konnte sich der von Ratsgruppe Gut, der CDU und den Grünen vorgelegte Antrag, die Entscheidung über eine endgültige oberirdische oder unterirdische Lösung auf stabile Füße zu stellen und deshalb beide Varianten zu planen, durchsetzen. Gegen diese Entscheidung waren die weiteren Tagesordnungspunkte eher unspektakulär. Gegen diese Entscheidung waren die weiteren Tagesordnungspunkte eher unspektakulär, aber nicht weniger wichtig. Die meisten Anträge der anderen Fraktionen beinhalteten eher Fachaspekte und wurden deshalb in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.**

### Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Offensive zur Förderung des Instruments „Teilhabe am Arbeitsmarkt“"



Der in der letzten Ratssitzung vertagte [Dringlichkeitsantrag](#) von SPD/Bunten zur Offensiven Förderung des Instruments „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wurde heute inhaltlich diskutiert. CDU und Grüne haben dazu einen [eigenen Antrag](#) im heutigen Rat gestellt, da der Antrag SPD/Bunte nicht zielführend ist.

Das Teilhabechancengesetz fördert vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von sehr arbeitsmarktfernen Menschen, die mindestens 6 Jahre langzeitarbeitslos sind. Es handelt sich dabei um eine Einzelfallförderung in Form von Lohnkostenzuschüssen - und nicht wie SPD/Bunte in ihrem Antrag behaupten, ein Förderprogramm. Zuständig ist das Jobcenter Köln, das sich bereits mit der Stadt Köln intensiv in der Umsetzungsplanung befindet. Wichtig ist uns, dass die Verwaltung und die städtischen Unternehmen aktiv die neu geschaffenen Instrumente und Spielräume des Teilhabechancengesetzes nutzen, um für diese langzeitarbeitslosen Menschen sozialversicherungspflichtige Arbeit zu schaffen, auch unter Nutzung des auf unsere Initiative 2016 beschlossenen [Kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramms](#) (KomProArbeit).

Dem [Änderungsantrag der FDP](#) dazu haben wir gerne zugestimmt, den [Änderungsantrag der SPD/Linken und Gruppe Bunt](#) haben wir abgelehnt, da er nichts enthält, was Jobcenter und Verwaltung nicht schon selber prüfen. Unser Antrag wurde einstimmig im Rat beschlossen.

Wir wünschen nun einen guten Start der Umsetzung zum 01.01.2019!

[Rede von Marion Heuser](#)

### **Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Freie Plätze in Flüchtlingseinrichtungen für Studenten und Auszubildende freigeben."**



Auf den ersten Blick hört sich der [Antrag](#) nach einer sinnvollen Möglichkeit an, die Wohnungsnot von Kölner Studierenden und Auszubildenden durch freie Plätze in Flüchtlingseinrichtungen zu mildern.

Was der Antrag jedoch verkennt, ist, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in erster Linie auf ordnungsrechtlicher Grundlage erfolgt oder aufgrund ausdrücklich nur für die

Flüchtlingsunterbringung geänderter gesetzlicher Vorschriften, alternativ in öffentlich-rechtlich gewidmeten Einrichtungen für geflüchtete Menschen, wo das Abschließen privatrechtlicher Mietverträge nicht möglich ist.

Insofern scheidet eine Freigabe für Studierende und Auszubildende aus.

Des Weiteren steigt seit Wochen die Zahl der unterzubringenden Geflüchteten wieder kontinuierlich an, da viele unerlaubt eingereiste Menschen Köln erreichen, die zusätzlich versorgt und untergebracht werden müssen.

Der Antrag wurde daher abgelehnt.

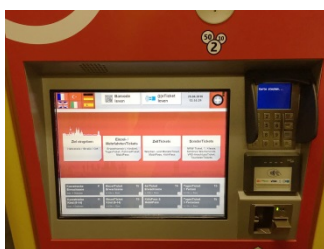
### **Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Städte stärken – Wohnen.Bezahlbar.Machen"**



Eine alte Diskussion in altem Gewand. Die Städte überlegen schon seit langem, wie die gerechte Verteilung von öffentlich-gefördertem Wohnungsbau auch auf die Fälle im Innenbereich, in denen bereits Baurecht besteht, angewandt werden kann. Dies kann aber leider nur der Bundesgesetzgeber lösen. Da der Deutsche Städtetag die Vertretung der Städte ist, sollte die Diskussion, welches baurechtliche Instrument hier sinnvoll

eingesetzt werden kann, auch durch ihn vertreten werden. Dies muss jedoch fachlich diskutiert werden, weshalb wir den [Antrag](#) in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen haben, um eine umsetzbare Lösung zu finden.

### **Antrag der Gruppe BUNT betreffend "Fahrscheinloser Tag auch 2019"**



Schon lange wird darüber diskutiert, wie der Autoverkehr reduziert werden kann. Eine Möglichkeit ist sicherlich der Umstieg der Autofahrenden auf den öffentlichen Nahverkehr. Da die Bahnen in Köln aber bereits jetzt überfüllt sind, machen alleine preiswertere Fahrkarten keinen Sinn. Wir müssen uns genauer anschauen, zu welchen Zeiten eine sofortige Ausweitung des Bus- und Bahnverkehrs jetzt bereits machbar ist und wo wir es schnell schaffen, mehr Fahrgäste zu befördern. Erst dann ist es

sinnvoll, durch Preissenkung die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern.

Denn wer nicht mehr in die volle Bahn einsteigen kann, der steigt bestimmt nicht vom Auto auf die Bahn um. Hier ist eine intensive Diskussion im Fachausschuss nötig, deshalb soll der [Antrag](#) dort diskutiert werden.

## **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppen GUT und BUNT betreffend "Städtische Räume sind kein Ort für Hetze"**

Brigitta von Bülow begründete für die GRÜNEN den [Dringlichkeitsantrag](#): Rechte Parteien wollen verstärkt städtische Räume für ihre Veranstaltungen nutzen.



„Grundsätzlich haben alle demokratisch gewählten Parteien ein Anrecht darauf, öffentliche Räume zu nutzen.

Aber wenn extrem rechtes, rassistisches, antisemitisches, antidemokratisches, sexistisches und Gewalt verherrlichendes Gedankengut verkündet wird, dann widerspricht dies den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung hat das nichts zu tun.“

Der Rat lehnt die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von solchen Veranstaltungen genutzt werden sollen, ab.

[Rede Brigitta von Blülow](#)

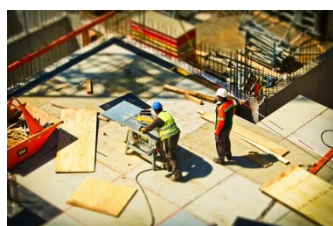
## **Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH**

Gegen die Stimmen von SPD, Linke und BUNT billigte der Rat mit Mehrheit auf Basis der Änderungen von CDU, GRÜNE und FDP nach 2-jähriger Vorbereitungsphase die [Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH](#).

Jörg Frank, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Rat, erwartet dadurch eine schlagkräftigere Wirtschaftsförderung und zügigere Genehmigungsprozesse seitens der Verwaltung. Die Arbeitsmarktförderung wird nun in herausgehobener Stellung als Punktdienststelle dem Dezernat V Soziales, Arbeit, Gesundheit und Umwelt zugeordnet, während die Punktdienststelle Wirtschaftsförderung nun beim Stadtplanungsdezernat angebunden ist.

[Rede von Jörg Frank](#)

## **Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf**



Der Ratsbeschluss für die [Planung eines Gymnasiums in Rondorf](#) war in der Vorbereitung strittig. Daher ist es wichtig, ihn im Zusammenhang eines Gesamtpaketes für weiterführende Schulen in Köln zu sehen. Um das weitere gemeinsame Lernen in weiterführenden Schulen zu fördern, haben wir die Vorschläge der Verwaltung (eine Gesamtschule in Rondorf, ein Gymnasium in der Parkstadt Süd und ein Gymnasium in Ossendorf) verändert

und zwar in Richtung auf mehr Gesamtschulplätze. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass in Ehrenfeld - obwohl dort in diesem Schuljahr die Helios Gesamtschule an den Start ging - eine viel höhere Zahl von Schülern und Schülerinnen keinen Platz an einer Gesamtschule bekommen hat, als in Rodenkirchen. Dasselbe gilt auch für den Innenstadtbereich. Um aber auch allen Schülerinnen und Schülern im Bereich Rondorf einen Schulplatz an der neu zu errichtenden weiterführenden Schule anzubieten, werden wir vorschlagen, dass das Gymnasium alle Schulabschlüsse, also neben dem Abitur auch den Haupt- und Realschulabschluss, anbietet. Diese Möglichkeit, die uns das Schulgesetz gibt, wollen wir nutzen und im weiteren Verfahren auf eine flexiblere Infrastruktur setzen. Mit diesem Beschluss haben wir das gesamtstädtische Ziel, mehr Gesamtschulplätze anzubieten, erreicht.

Die SPD wollte den eigentlichen Beschluss erweitern um ein Interim, um vorzeitig den Schulbetrieb aufnehmen zu können. [CDU und GRÜNE](#) ging der Antrag nicht weit genug. Sie ergänzten einerseits mit dem deutlichen Hinweis, dass das Interim auf jeden Fall für eine Gesamtschule sein muss, was der [SPD-Antrag](#) hatte unter den Tisch fallen lassen. Andererseits wollten wir auch die Tür öffnen, einen anderen Bauträger zu finden, was ein

Beschleunigungsfaktor sein kann. Als weitere Möglichkeit beschlossen wir alternativ zum Interim die Prüfung und Planung eines Baus in nacheinander modulartiger Aufbauweise für die einzelnen Jahrgangsstufen. Dies hat den Vorzug, dass die Schule mit Blick auf die Jahrgangsstufen Zug um Zug starten kann und man nicht jahrelang warten muss, bis der Bau in Gänze fertig gestellt ist.

### **Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses**



Nach wie vor sehen wir in dem oberirdischen Ausbau der Ost-West-Achse die schnelle, barrierefreie und städtebaulich sinnvollste Option. Und genau dies beschließen wir in dem vorliegenden [Änderungsantrag](#). Im ersten Schritt werden zur Kapazitätserhöhung Expressbusse entlang der Linie 1 eingesetzt. Im zweiten Schritt erfolgt die oberirdische

Ertüchtigung der bestehenden Haltestellen entlang der Ost-West-Achse, damit die 90m langen Bahnen dort bereits 2024 fahren können. Damit dies reibungslos geschehen kann, wird das oberirdische Parken in dem engen Innenstadtbereich untersagt und der Stadtraum zugunsten einer besseren Aufenthaltsqualität und des Umweltverbundes neugestaltet. Die Verwaltung soll in der Zwischenzeit eine vertiefte Planung einer oberirdischen und einer unterirdischen Planung vorlegen. Ob die Tunnelvariante bei der Berücksichtigung aller Kosten, vor allem auch der notwendigen archäologischen Grabungen im Bereich des Neumarkts, dann noch förderfähig ist, werden wir 2024 wissen. Auf jeden Fall wird es erstmal die so notwendige Kapazitätserhöhung auf der Ost-West-Achse rein oberirdisch und so schnell wie möglich geben.

Das Kalkül, von SPD und FDP, durch eine geheime Abstimmung auf Abweichler im Gestaltungsbündnis zu hoffen und somit den gemeinsamen Änderungsantrag zu kippen, ging hingegen nicht auf. Im Gegenteil: Wir konnten sogar noch weitere Ratsmitglieder von unserem Antrag überzeugen, sodass dieser am Ende mit 47 zu 42 Stimmen angenommen wurde.

[Gesamtvorlage: Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses](#)

- 
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

#### **Impressum:**

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
Mail: [Grüne-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Grüne-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer